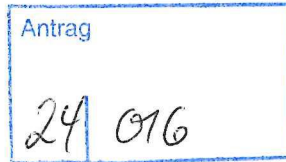


CDU-Stadtratsfraktion, Spekendorfer Kirchweg 18, 26607 Aurich
FDP-Stadtratsfraktion, Graf-Edzard-Straße 8, 26603 Aurich

Stadt Aurich
z. Hd. Herrn
Bgm. Feddermann
per Mail



Arnold Gossel
Spekendorfer Kirchweg 18
26607 Aurich – Middels
Tel.: 04947/1264
Mobil: 016092866471
Email: arnold.gossel@gmail.com

Sarah Buss
Tel.: 0179/7499137
Email : sarahxbuss@gmail.com

26607 Aurich, den 21.04.2024

Betreff: Änderungsantrag der Ratsgruppe CDU/FDP zur Vorlage 24/065 -
Gemeinsamer Antrag aller im Stadtrat vertretenen Ratsgruppen und Fraktionen zur
Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Damen und Herren der Verwaltung,
Kollegen und Kolleginnen des Stadtrates.

Die Ratsgruppe der CDU/FDP lehnt eine Verknüpfung der Abschaffung der
Straßenausbaubeitragssatzung mit Einführung einer Versiegelungsgebühr als
Benutzergebühr entschieden ab und beantragt den Abschnitt II. 2.) der Vorlage
Alternativ-Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Antrag 24/006 ersatzlos zu
streichen.

Begründung:

In der letzten Ratssitzung des Jahres 2023 hat sich der Rat mit der Einführung einer
Versiegelungsgebühr bereits befasst und sogar die nur vorbereitenden Maßnahmen
für dieselbe mehrheitlich abgelehnt. Diese Abstimmung nun durch die Hintertür zu
wiederholen, zeugt von schlechtem Stil. Hier wird versucht, die Einigkeit aller
Ratsparteien im Hinblick auf die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung
auszunutzen und die Politik wieder zu spalten, in dem sachfremde Posten
hinterrücks miteinander verknüpft werden. Die Abschaffung der
Straßenausbaubeitragssatzung kann „nur“ über eine Erhöhung der Grundsteuern A
und B gerecht finanziert werden. Hierüber bestand Einigkeit im Rat!

Gegen die Verknüpfung spricht aber noch viel mehr. Wir bewerten es als sehr
bedenklich, dass die Verwaltung vorschlägt, dass die Beitragszahler/innen einer
Versiegelungsgebühr den Straßenausbau auch für Einwohner/innen finanzieren
sollen, die keine Versiegelungsgebühr und keine erhöhten Grundsteuern bezahlen.
Der Grundsatz der Gleichbehandlung wird dadurch missachtet.

Mit freundlichen Grüßen

Arnold Gossel,
CDU-Fraktion

Sarah Buss
FDP-Fraktion